

Kommentar

Die 'wirkliche' Schlacht

von Manoj Joshi

Zwei dem Boden gleichgemachte Heiligtümer in den letzten acht Jahren - Akal Takht 1984 (Amritsar) und Babri-Moschee in Ayodhya 1992 - sind die 'Höhepunkte' der säkularen Politik der 'Congress'-Partei und der Preis, den das Land zu zahlen hat für politische Spitzfindigkeiten und Inkompetenz. Die bitteren Gefühle vieler Moslems und Sikhs gegenüber dieser Partei sind verständlich. Bisher hat es keinerlei Anzeichen von Einsicht in die Mitverantwortung der Partei für die beiden Ereignisse gegeben.

Wiedereinmal sprüht die Regierung vor Aktivismus: sie hat die Regierung Uttar Pradeshs abgesetzt, die zerstörte Moschee 'zurückerobert' und versprochen, diese wieder aufzubauen. Sie hat die faschistische 'Rashtriya Swayamsewak Sangh' (RSS) und, um zu zeigen, wie säkular sie ist, zwei Moslemorganisationen, verboten. Doch dies alles ist weder ungewöhnlich noch besonders schwierig. Lediglich ein paar Schreibebeiten und eine Pressenotiz sind nötig, um eine Landesregierung abzusetzen oder eine Organisation zu verbieten. Verhaftungen aus politischen Gründen tragen in Indien nur zur Popularität des verhafteten Politikers bei. Die beschämenden und zögerlichen Schritte, die bisher unternommen wurden, sind nicht einmal im Ansatz geeignet, den gegenwärtigen Herausforderungen zu begegnen, nämlich die Kräfte des Hindufundamentalismus anzugreifen.

Doch wer soll den Geist des Fundamentalismus zurück in die Flasche sperren? Die Tausende, die die Moschee zerstörten? Die Millionen, die die Regierung gewählt haben, die tatenlos zusah, als Äxte und Hacken geschwungen wurden? Ihnen kann man nicht mit Polizei oder Distriktverwaltungen entgegen treten. Sie können nur durch ernsthafte politische Bemühungen zurückgewonnen werden. Doch bisher gibt es keinerlei Hinweise, daß die Regierung unter P.V. Narasimha Rao und die Kongreßpartei endlich bereit wären, die politisch-ideologische Herausforderung des Fundamentalismus anzuneh-

men. Bis jetzt begnügen sie sich ausschließlich mit administrativen Maßnahmen und werden damit aller Voraussicht nach scheitern, da ihnen jede Kohärenz und Grundlage fehlt.

Die aktuellen Ereignisse weisen auf den ersten Blick eine Reihe von Parallelen zu ähnlichen Vorkommnissen in den Jahren von 1947 bis 1950 auf, als die RSS schon einmal verboten wurde. Doch im Gegensatz zu den damaligen Ereignissen, an denen Organisationen wie RSS und 'Hindu Mahasabha' nur peripher beteiligt waren, sind diese Gruppen heute sehr viel bedeutender und ins Zentrum des Geschehens gerückt. Der Grund hierfür ist in der ideologischen Unbestimmtheit der 'Congress'-Partei zu suchen. Mit ihren populistischen Programmen gescheitert, begannen Indira Gandhi und ihr Sohn Sanjay mit dem Hinduchauvinismus zu flirten. In den frühen 80-er Jahren manifestierte sich diese Politik in ihren Manipulationen der Politik im Punjab, die den Aufstieg Bhindranwales förderten und letztlich zu den nachfolgenden tragischen Ereignissen führten. Es zeigte sich, daß die Argumentation in einigen Kreisen der Kongreßpartei sich nicht grundlegend von derjenigen der BJP unterschied, wurde doch eine Politik verfolgt, die das Ziel hatte, den Hinduanteil Indiens - immerhin 85 Prozent der Gesamtbevölkerung - zu einem Wählerblock zusammenzuschweißen. Und dies, obwohl ethnisch und regional innerhalb dieses 'Blocks' große Unterschiede existierten.

Die Tragödie von Ayodhya begann mit der Wiedereröffnung der Moschee Anfang 1986. Vom Öffnen der Schlösser, die an dem Ort die Anbetung von Skulpturen von Rama und Sita - aufgestellt 1949 - verhindern sollten, über die Grundsteinlegung (shilanya) für einen Tempel 1989 bis zur Zerstörung der Moschee führt der Kollaps der alten, säkularen Kongreßpartei. Die zynische Art und Weise, in der der 'Congress' mit der 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP) über den Ort

der 'Grundsteinlegung' verhandelte, verdeutlicht ihre Absicht, eher zu kooperieren - besser: 'kooperiert zu werden' - als ihr entgegenzutreten. Rajiv Gandhi wies immer wieder darauf hin, in Indien bedeute Säkularismus nicht Abstand von der Religion, sondern Respekt vor allen Religionen. Unglücklicherweise ist jedoch die Trennungslinie zwischen 'Respekt' und der Manipulation religiöser Gefühle für politische Zwecke sehr schwach - eine Lektion seines Großvaters Nehru, die offenbar in Vergessenheit geraten ist. Die Art und Weise, wie Narasimha Rao mit der Angelegenheit Ayodhya umgeht, ist eine Fortsetzung der Politik Rajiv Gandhis. Als er im Juli letzten Jahres mit den Sadhus verhandelte, berührte er ehrfurchtsvoll deren Füße. Es ist jedoch ein Unterschied, ob Narasimha Rao oder der Premierminister Indiens die Füße derjenigen berührt, mit denen er zu verhandeln gedenkt.

So war es auch der Mangel an ideologischer Klarheit, der anlässlich der Wahlen von 1989 und 1991 zum Kollaps der 'Congress'-Partei im Norden Indiens führte. Der Flirt der Partei mit der VHP und deren Position zum Bericht der Mandalkommission 1989, verurteilte sie in den Augen der Moslems und unteren Kästen ('backward castes').

Wichtig für den 'Congress' ist die Neuorganisation der Partei auf Landesebene. Als nächstes ist der Bruch mit dem traditionell autoritären Stil und die Einführung echter innerparteilicher Demokratie in der 'Congress'-Partei notwendig. Um seine eigene Position zu erhalten, hat Premierminister Rao die BJP freundschaftlich behandelt und seine eigene Parteibasis geschwächt.

Das Bündnis von RSS, BJP und VHP hat sich zu einer beeindruckenden, landesweiten Organisation von Kadern, Handlangern und Sympatisanten entwickelt. Brillant und erfolgreich haben sie die Gutgläubigkeit von Millionen von Hindus zu einem Schritt genutzt, der das Indien, das wir bisher kannten, zweifellos zerstören wird. Verhaftungen und Verbote werden das RSS/BJP/VHP-Bündnis nur stärken, wenn dies alles ist, was der Regierung als Gegenmaßnahmen einfällt. Die Herausforderung des Staates kommt diesmal nicht von einer kleinen Gruppe Bewaffneter, wie z.B. im Punjab. Sie liegt in der Verbreitung einer Ideologie in weiten Teilen des Landes durch eine Partei, die gefährlich kompetent ist und über beeindruckende Kräfte in Form von Geld und Unterstützern verfügt. In der Schlacht, die geschlagen werden muß, geht es darum, die Herzen und den Verstand der Menschen in Uttar Pradesh und anderen betroffenen Ge-

bieten zurückzugewinnen, und dies kann nicht allein durch administrative Aktionen gelingen.

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen begannen vor fünf Jahren. Die Liste derjenigen, die aufgrund von Taten oder auch Unterlassungen dafür verantwortlich sind, ist lang. Vielleicht sollte man weniger in die Vergangenheit und mehr in die Zukunft schauen. Es geht nicht nur um die Auseinandersetzung zwischen Säkularismus und 'Hindutva', wie es gemeinhin verstanden wird. Es geht auch um Dinge wie Respekt für die Mitmenschen und deren Rechte. Die Punkte sind klar genug, doch die Lösungen sind es nicht. Nicht, weil sie an sich unklar sind, sondern weil die 'Generäle', die uns führen, verwirrt, verunsichert und kompromißbereit sind. Der Kampf gegen Sezessionismus und religiösem Fundamentalismus, den die Regierung in den vergangenen zehn Jahren eigentlich nur durch die Polizei geführt hat, wurde bisher nicht gewonnen, weil der Kongreß seine ursprüngliche Ideologie vergessen hat. Weil er vergessen hat, warum es wichtig ist, säkular zu sein oder wenigstens zu behaupten, es zu sein. Er wurde zu einer Partei von Schwindlern, Verwaltern und Agenten der Macht, für die nur zählte, Ämter zu ergattern. Sie vergaßen wer sie und ihre Wähler waren. Sorglos verwarfen sie die von Mahatma Gandhi und Nehru entwickelten strategischen Grundsätze, die in Indien einen säkularen, sozialistischen und blockfreien Staat sahen, weil dies für eine arme, multi-kulturelle und multi-religiöse Nation wie Indien die einzig mögliche Staatsform war. Für den Kongreß und patriotisch gesinnte Bürger besteht die Herausforderung darin, wiederzuentdecken, was Indien eigentlich bedeutete. Gelingt ihnen dies nicht, werden sie es für immer verlieren.

(Der Kommentar erschien in 'Frontline', Madras, 29. Januar 1993. Er wurde von der Redaktion gekürzt. Übersetzung: Theo Ebberts)